



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 08

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kandidatinnen und Kandidaten der
LINKEN zur Bezirksversammlung Mitte,
liebe Mitglieder des Bezirksverbandes Mitte
der Partei DIE LINKE.!

Am **Mittwoch, den 06.02., 19.00 Uhr** findet
ein **mitgliederoffenes**
Treffen des Bezirks Hamburg-Mitte
mit und für die Kandidaten zur Bürger-
schaft und Bezirksversammlung statt.
Unser Treffen wird diesmal im
Raum der STEG in der alten Rinder-
schlachthalle Neuer Kamp 30
(gegenüber U-Feldstraße) abgehalten.

Hier wollen wir Fragen über die Aufgaben in
der Bezirksversammlung und das Verhältnis
von Partei und Fraktion besprechen.

Bitte bereitet euch vor! Vor allem die aus-
sichtsreichen KandidatInnen und ihre
(möglichen) Nachrücker und die Interesi-
erten für die Ausschüsse sollten unbed-
ingt kommen.

Im Bezirksverwaltungsgesetz sind die Aufga-
ben der gewählten Bezirksvertreter festgelegt.

Im § 9 „Ausübung des Mandats“ steht im ers-
ten Absatz:

Die Mitglieder der Bezirksversammlung üben
ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie sind an

Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Dieser Punkt betrifft z.B. die Frage des Ver-
hältnisses von Parteibeschlüssen und Frakti-
onsarbeit. In wie weit werden wir eine
einheitliche Handlungsweise von Mandatsträ-
gern, Parteifunktionären und Mitgliedern an
der Basis umsetzen können, so dass die ge-
meinsamen Ziele effektiv für unsere Wähler
und diejenigen, die wir vertreten wollen, umge-
setzt werden können?

Die §§ 13 und 14 regeln Akteneinsicht, Anfra-
gen und die Verschwiegenheitspflicht. Wichti-
ge Punkte, die die Transparenz unserer
zukünftigen Bezirksfraktion betreffen.

Eine weitere Frage, die wir diskutieren müs-
sen, ist die Besetzung der Fachausschüsse.
Hiervon gibt es acht! Dies können wir bei einer
realistischen Einschätzung sicher nicht allein
mit dem uns zur Verfügung stehenden Perso-
nal in unserem Bezirk ausfüllen. Wir sollten
also unsere Bündnispartner und parteilose
Aktive aus den außerparlamentarischen Be-
wegungen und Initiativen in unsere Überle-
gungen bei der Besetzung dieser Ausschüsse
mit einbeziehen.

Regionalausschüsse und Stadtteilbeiräte soll-
ten auch von uns mit Menschen besetzt wer-

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Freitag, 29. Februar 2008.

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen
uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc
oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am bes-
ten ins Layout einzubinden.

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau Tilman.Rosenau@tele2.de

Bernhard: stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmi-
linskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt

Mitgliederversammlung	S. 1
Rückblick 18. Januar	S. 2
Stadtentwicklung in HH Mitte	S. 3
Wilhelmsburg Integrationszentrum	S. 4
Wahlkampf: Verteilaktion 26.1.	S. 5
Leitantrag Chronologie	S. 6
5.2.: Stadtteilkultur St. Georg	S. 9
Termine	S. 10
LAG Queer / Kontakt	S. 11
Antrag Studiengebühren	S. 12

den, die für unsere Ziele kämpfen.

Macht es Sinn, dass wir uns auf alle Arbeitsbereiche einer Bezirksversammlung stürzen oder beschränken wir uns auf Schwerpunktthemen?

Was sind eigentlich unsere Schwerpunktthemen? Stadtteilentwicklung? Armut? Privatisierung? Bildung?

Jede Fraktion erhält Zuschüsse, von denen auch ein Büro finanziert werden sollte. Wo wollen wir unser Büro anmieten? Auf St. Pauli, in Billstedt, Borgfelde, Neustadt oder Rothenburgsort? Wann beginnen wir mit der Sondierung? Wer kümmert sich?

Es werden Entschädigungszahlungen für Aufwendungen gezahlt. Sitzungsgelder, Fahrtkosten. Laut Empfehlung von **Karl Holluba**, Bundesschatzmeister unserer Partei, für die Vereinbarung von Mandatsträgerbeiträgen heißt es:

„Gemäß Bundessatzung und Bundesfinanzordnung wird die Höhe des Mandatsträgerbeitrages auf der jeweiligen Ebene auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den Vorständen der Partei und den Abgeordneten festgelegt. Diese Festlegungen sind in den Landesverbänden, die Landtagsabgeordnete haben, differenziert. Der durchschnittliche Prozentanteil des Grundmandatsträgerbeitrages an der steuerpflichtigen Grundentschädigung der Abgeordneten liegt in den Landesverbänden der Partei DIE LINKE unter Einbeziehung der Bundespartei bzw. der Bundestagsabgeordneten bei knapp 11 %. In einzelnen Landesverbänden beträgt der Prozentsatz über 12 bzw. 13 %.“

*Wenn DIE LINKE in die Hamburgische **Bürgerschaft** einziehen sollte – wovon wir doch alle in optimistischer Weise ausgehen - wäre für die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE ein Ansatz von ca. 300 Euro als monatlicher Grundmandatsträgerbeitrag (13 %) denkbar. Dies entspricht auch annähernd den Bedingungen in Bremen bzw. Berlin. Mit den Regelungen in diesen Ländern - sowohl in Bezug auf die Höhe der Diäten als auch hinsichtlich der Parteifestlegungen zum Mandatsträgerbeitrag – sind die Bedingungen in Hamburg am ehesten vergleichbar. Zu empfehlen ist, den gleichen Prozentsatz auch auf die Zuschläge anzuwenden, die für bestimmte Funktionen (wie Fraktionsvorsitzende/r) gezahlt werden. Diese Praxis ist auch in den anderen Landesverbänden üblich. Dann könntet Ihr auch soziale Faktoren berücksichtigen und eine Spreizung festlegen.“*

All dieses ist zu besprechen und zu klären. Und das Eine oder Andere noch mehr. Und das auch noch möglichst einvernehmlich. Oder möchte jemand von euch Bremer Verhältnisse??!

Also lasst uns einen solidarischen Abend durchführen, bei dem das Einende über dem Trennenden steht. In dem Bewusstsein, dass nur in einer pluralen Einvernehmlichkeit eine erfolgreiche Partei- und Fraktionsarbeit möglich ist. Die Wähler haben hohe Erwartungen an uns, wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Danke!

24.01.2008, Tilman Rosenau

Wahlkampfveranstaltung 18. Januar

Am 18.01. fand unsere zentrale Wahlkampfveranstaltung des Bezirks statt. Rund 60 Menschen kamen in die Heinrich-Wolgast.-Schule in St. Georg, die sich für unser Bezirkswahlkampfthema Stadtteilentwicklung interessierten. Leider zu wenige von denen, die wir eigentlich erreichen wollten. Offen gesagt, blieben wir weitestgehend unter uns. Einige „Sonnenländer“ und die Folk-Gruppe „Rotdorn“ waren neben ungefähr zehn weiteren Nichtmitgliedern anwesend. Trotzdem halte ich die Veranstaltung für gelungen. Die Diskussion war inhaltlich und konstruktiv. Unter der Leitung von Marcus Donath kamen die Fragen zur Sprache, an denen wir in Mitte arbeiten und die in unserem Bezirk aus linker Sicht wichtig sind:

Hafencity und Leuchtturmprojekte kontra abgehängtes Prekariat. „Bildungselite“ kontra Einheitsschule, Mietervertreibung kontra Stadteilkultur, Sprung über die Elbe, aber nicht ohne uns!



Auf dem Podium saßen unsere KandidatInnen (von links nach rechts): Elisabeth Baum, Betriebsrätin aus Billstedt und aussichtsreiche Direktkandidatin im Wahlkreis 2 zur Bürgerschaft, Renate Hercher-Reis, Landesschatzmeisterin und auf dem ersten Listenplatz der Wahlkreisliste zur Bezirksversammlung WK 2, Marcus Donath, Mitglied des Bezirksvorstandes und Spitzenkandidat der Bezirksliste, Joachim Bischoff, Erster auf der Wahlkreisliste zur Bürgerschaft des Wahlkreises 1 und auf Platz 2 der Landesliste, Christiane Schneider, „Ab-

trünnige Mitt'lerin“ (jetzt Wandsbek), die auf Platz 3 der Landesliste gewählt wurde und Bernhard Stietz-Leipzig, Betriebsrat und auf Platz 2 der Wahlkreisliste zur Bezirksversammlung WK 1. Leider nicht auf dem Foto: Christine Detamble-Voss, Zweitplatzierte auf der Wahlkreisliste zur Bürgerschaft des Wahlkreises 1, die den Beitrag für den Stadtteil St. Pauli gehalten hat.

Tilman Rosenau

Wir dokumentieren eine Kurzfassung von Joachim Bischoffs Einleitungsbeitrag am 18.1. (Die vollständige Fassung findet Ihr auf der Bezirksseite im Netz):

Stadtentwicklung in Mitte

Die Wahlkreise 1 und 2 in Hamburg Mitte gehören zu den Stadtvierteln, in den sich soziale Ausgrenzung, Armut, Bildungsbenachteiligungen und Verödung von kulturellen Angeboten ballen. Vor allem im Bezirk Mitte - Billstedt, Wilhelmsburg, Veddel, Horn - zeigt sich die prekäre Lebenssituation großer Teile der Bevölkerung besonders krass. In diesen Quartieren leben nur 27 Prozent der Bevölkerung, aber mehr als die Hälfte aller Kinder, die von Arbeitslosengeld II abhängig sind. Die anziehende Konjunktur hat sich in diesen ärmeren Stadtteilen kaum niedergeschlagen, die Arbeitslosigkeit sich dort deutlich weniger verringert als anderswo in der Stadt:

Kinderarmut: In den Stadtteilen Horn, Hamm-Mitte, Rothenburgsort, Wilhelmsburg, Billstedt, Veddel, Kleiner Grasbrook) ist mehr als ein Drittel aller Kinder von ALG II (209 Euro pro Monat) abhängig. Allein in Billstedt sind dies 5.141 Kinder.

Beschäftigung: In St. Pauli, Klostertor, Horn, Billstedt, Wilhelmsburg, Billbrook, Veddel und Kleiner Grasbrook sind mehr als 30 Prozent der Bevölkerung von ALG I und/oder ALG II abhängig. In diesen Stadtteilen liegt der kumulierte ALG I und ALG II Wert über dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Schulabbrecher und besonderer Förderbedarf: In Wilhelmsburg, Rothenburgsort, Veddel, Billstedt, St. Pauli und Hamm-Mitte beträgt der Anteil der SchülerInnen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, mehr als 20 Prozent.

Im krassen Gegensatz zu dieser Ballung von Armut und Benachteiligung steht das Luxusprojekt Hafen-City. Während in Horn und Billstedt rund 100 000 BürgerInnen auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen warten, wird für jetzt noch 500 BewohnerInnen der Hafen-City ein gigantisches Modernisierungsprojekt aufgelegt.

Um die finanziellen Grundlagen für die Entwicklung der HafenCity zu schaffen, wurde auf gesetzlichem Wege 1997 das Sondervermögen „Stadt und Hafen“ geschaffen, in das die städtischen Grundstücke kostenfrei eingebracht wurden. Ein Großteil der öffentlichen Aufwendungen für die Entwicklung der Hafen-City wird über die Kreditaufnahme dieses Sondervermögens zu kommunalkreditähnlichen Konditionen vorfinanziert und über die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen getilgt. Die Aufwendungen des Sondervermögens umfassen Betriebsverlagerungen, Flächenfreimachung, öffentlichen Hochwasserschutz, Hauptverkehrs- und Erschließungsstraßen, Brücken, Kaimauern, Promenaden, Parks, Planung sowie Kommunikation und Marketing. Das ist Public Private Partnership unter fragwürdiger öffentlicher Kontrolle pur.

2003 wurde ein 174.000 Quadratmeter großes Grundstück von der Bahn AG gekauft. Über die Bedingungen des Kaufes wüsste man gerne genaueres, doch die Bedingungen der Akteneinsicht sind selbst für die Entscheidungsträger mehr als dubios.

Wenn sich heute Politik und Wirtschaft im Erfolg der Hafencity sonnen, dann wissen viele Hamburger nicht, dass die Grundlagen für das städtebauliche Projekt Anfang der 1990er Jahre unter Missachtung der Landeshaushalts-

ordnung und hinter dem Rücken der Bürgerschaft gelegt wurden. Das berichtete Alt-Bürgermeister Henning Voscherau, der am Donnerstag zu einer Besichtigungstour durch das Stadtviertel geladen hatte.

Voscherau zufolge hat ihn der damalige Chef der Hafен- und Lagerhaus Gesellschaft (HHLA), Peter Dietrich, seinerzeit aufgesucht. In dem Gespräch ging es um die Zukunft des städtischen Hafенbetreibers, dem Dietrich nach dem Mauerfall eine rosige Zukunft voraussagte. Notwendig dafür sei jedoch ein neuer Containerterminal in Altenwerder. Um diesen bezahlen zu können, sollten die Flächen des alten Hafengebiets zu Geld gemacht werden, so Dietrichs Idee.

Dafür aber hätten heimlich Grundstücke und Immobilien aufgekauft werden müssen, berichtete Voscherau. Die Heimlichtuerei sei notwendig gewesen, um zum einen „Spekulationen gegen die Stadt“ zu verhindern. Zum anderen seien von dem Projekt viele Interes-

sen betroffen gewesen, so dass das Projekt politisch anfangs wohl kaum durchsetzbar gewesen wäre.

Darüber hinaus werden aus Mitteln der einzelnen Fachhaushalte der Freien und Hansestadt Hamburg die Kosten für die externe Erschließung der HafenCity, Bildungseinrichtungen, wissenschaftliche Einrichtungen, kulturelle Einrichtungen (Elbphilharmonie, Science Center, Internationales Maritimes Museum Hamburg (Tamm Museum)) finanziert. Ca. 1,2 Mrd. Euro öffentlichen Aufwendungen insgesamt stehen private Investitionen von ca. 4,5-5 Mrd. Euro gegenüber, von denen heute bereits durch realisierte und in Planung befindliche private Vorhaben ca. 1,7 Mrd. Euro gebunden sind.

(Der vollständige Text ist auf der Webseite www.hier-ist-die-linke-hamburg.de unter Bezirke/Mitte nachzulesen).

Integrationszentrum in Wilhelmsburg wird geschlossen

Sozialbehörde kürzt Zuwendungen

Durch die Internationale Bauausstellung (IBA) sollten eigentlich Gelder nach Wilhelmsburg für Bildung fließen. Zur selben Zeit wird der sozialen Einrichtung Verikom Geld entzogen.

„Der Sprung über die Elbe“ scheint Formen anzunehmen, die die sozial Schwachen treffen. Versprochen waren eigentlich zusätzliche Mittel im Rahmen der IBA für soziale Einrichtungen zu zahlen. Die Realität zeigt das Gegenteil.

Verikom, ein Integrationszentrum, das seit Jahren in zwei Einrichtungen unter anderem Alphabetisierungskurse anbietet, ist von den Kürzungen der Sozialbehörde besonders betroffen.

Die Behörde hatte im vergangenen Jahr entschieden, dass Verikom 2008 ein Drittel weniger an Zuwendungen erhält. Mit 140.000 Euro können zwei Einrichtungen nicht mehr aufrecht erhalten werden. So müssen nun die MigrantInnen im Süden des Stadtteiles auf Beratung und Deutschkurse verzichten.

Für die IGS und der IBA gibt es eine Anschubsfinanzierung von insgesamt 200 Millionen Euro und die versprochenen zusätzlichen Gelder für Sozialpolitik werden nicht eingehalten, nein die bisherigen Mittel werden auch noch gekürzt.

Die Wartelisten für die Kurse sind laut Verikom schon so groß, das die bisherigen Angebote mit nur einer Einrichtung nicht machbar sind. Eine Protestnote von 390 Unterschriften an die Sozialbehörde hatte keinen Erfolg.

Diese Mittelkürzungen zeigen, dass dieser Senat zwar von Integration redet, aber mit seinem Handeln die Spaltung der Stadt weiter vorantreibt. Denn wie sollen die Frauen und Mädchen der Armut entfliehen, wenn ihnen die Voraussetzungen genommen werden, die Grundlagen für ihre beruflichen Perspektiven zu erhalten, nämlich Deutschkenntnisse, die dies ermöglichen.

Ronald

Ergänzung zum Artikel zu Moorburg im letzten Mittenmang:

Inzwischen haben sich Wilhelmsburger Ärzte massiv gegen die Errichtung des Kohlekraftwerks in Moorburg ausgesprochen.

25. Januar: Listen eingereicht

Liebe Genossinnen und Genossen, bei der heutigen Beratung des Bezirkswahl-ausschusses HH-Mitte sind alle unsere Listen ohne Änderung genehmigt worden.

Wir haben unser Rederecht genutzt und die Mitglieder des Wahlausschusses aufgefordert, nazistische Parteien wie die DVU nicht zu den Wahlen zuzulassen. Dem wurde zwar nicht entsprochen, jedoch gingen die Finger teilweise nur zögernd nach oben. Hinterher wurden wir angesprochen, dass unser Aufruf begrüßt worden sei.

Wenn auch der Trend in den aktuellen Umfragen zur Bürgerschaftswahl sehr positiv ist (Fall der CDU und v. Beusts und die Möglichkeit einer rot-grünen Mehrheit mit einer starken Opposition von links), dürfen wir die Gefahr von rechts nicht unterschätzen, sondern sollten dem "Wehret den Anfängen" neue Dynamik verleihen:

Kuschs rechtspopulistische "Heimat Hamburg" kandidiert in Mitte auf allen fünf Listen (in den beiden Wahlkreisen jeweils zu Bürgerschaft und Bezirksversammlung sowie auf der Bezirksliste). "Heimat Hamburg" plakatiert aktuell mit "Jugendliche Ausländer raus". Diese Hetze

und Einschüchterung müssen wir dringend durch Aufklärung, scharfer Kritik und Solidarität entgegentreten.

Außerdem kandidiert Nockemanns nicht weniger rechtes "Zentrum" im Wahlkreis 2 (Bürgerschaft und Bezirk) sowie mit einer Bezirksliste. Die schärfste Gegnerschaft gebührt allerdings der (neo)faschistischen DVU. Sie kandidiert zur Bezirksversammlung Mitte mit einer Bezirksliste. Auch wenn die antifaschistische Geschichte und die Aktivitäten den Streit zwischen DVU und NPD vertieft haben und es so aussieht, als ob die DVU nicht in allen Bezirken kandidiert, ist keinerlei Entwarnung zu geben. Mit den Millionen Euros von Frey ist mit einem widerlich reaktionären, rassistischen, antidemokratischen und demagogischen Wahlkampf mit massenhafter Hetzpropaganda (Plakate, Flugblätter, Bürgerbriefe) zu rechnen. Für die aktive Gegnerschaft müssen wir eigenständiges Gewicht entwickeln.

Das liegt speziell in unserer Verantwortung als Partei - und damit bei jedem einzelnen von uns!

Mit sozialistischen Grüßen
Kristian Glaser

Heißer Wahlkampf eröffnet!

Am Samstag, 26. Januar waren **rund 48 Leute** (rund, weil zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses aus Wilhelmsburg noch keine umfassende Rückmeldung vorliegt) unterwegs um unser Bezirkswahlprogramm in die Haushalte zu bringen. **Mehr als 22.000** sind es wohl gewesen und nimmt man die 4.400 am Samstagabend noch in St. Georg lagernden dazu, dann sind in den Stadtteilen derzeit noch jeweils genug für die Infotische und Veranstaltungen der nächsten Zeit vorhanden. Bringt sie unter die Leute und holt euch weitere beim Drachenbau ab!

(bitte vorher melden: Tel. 24 57 40)

Tilmann Rosenau und Ronald Wilken aus dem Bezirksvorstand, der von dem selben eingesetzte Bezirkswahlkampfkoordinator Volker Honold und Joachim Bischoff, Nr.1 der Bürgerschaftsliste im WK1 und Nr.2 unserer Landesliste hatten im Einvernehmen mit dem für den Landesverband dessen Großverteilungsaktion am 16.2. planenden Peter Heyckendorf rd. 15 Verteilgebiete herausgesucht. Für die traf zu, dass dort entweder potentielle Wählergruppen in Geschossbauten wohnen und/oder Stimmenanteile > 5 % bei der Bundestagswahl erreicht worden waren. Peter hatte uns dazu

relativ detaillierte Stadtteilpläne erarbeitet, die wir vor dem Hintergrund unserer Kenntnisse zu den Bereichen bearbeiteten. Dabei ließen wir bewusst St. Pauli und St. Georg, beide mit hohem Stimmanteil für unsere „Vorgängerorganisationen“ heraus, weil dort eben die Gruppen mit Infoständen und laufender Stadtteilarbeit präsent sein sollten und legten einen Schwerpunkt auf Bereiche im WK 2 ohne laufende Stadtteilgruppenarbeit.

Als am Dienstag vor der Aktion dann Verena Brachvogel, Mitglied des Bezirksvorstandes, für die St. PaulianerInnen mitteilte, die würden wohl dort verteilen, stand die Frage der innerparteilichen Solidarität so wie der Verbindlichkeit der Beschlüsse der immerhin vom Vorstand bzw. mit dessen billigendem Wissen eingesetzten Vorbereitungsgruppe unausgesprochen im Raum...

Was nun haben wir geschafft? Viel und wir werden mit unserer Auswertung dem Landesverband bei dessen Planungen für den 16.2., die unserer Meinung nach eine Nummer zu groß angelegt sind, sicher ebenso helfen können, wie dies Altona, die Ähnliches parallel zu uns veranstalteten, tun kann. Konkret haben

wir in Kirchdorf-Süd mit 3 Personen ca. 2.000 Broschüren eingeworfen. In Horn verteilten 16 Leute ca. 11.000. Hamm-Mitte und der südöstliche Teil von Hamm-Nord wurde von 6 Pers. mit rd. 3.000 Stück versorgt. In Billstedt brachten 10 Leute 5.600 Wahlprogramme in die Briefkästen so wie in Mümmelmannsberg 4 Leute 4.200. Das "autonome Gebiet" St. Pauli mobilisierte 7 Leute und brachte in den Verteilgebieten 1-3 bisher 2.100 Stück unter die Leute, hat sich aber vorgenommen weitere mehrere hundert an Haushalte auch in den anderen Verteilgebieten des Stadtteils einzuwerfen in nächster Zeit, so dass wir wohl letztlich fast flächendeckend vertreten sein werden!

Der Nachmittag klang wie geplant und von den beiden St. Georgern Bernhard und Volker betreut, im Gemeinschaftsraum des Wohnprojektes Drachenbau in St. Georg, als „Schaltzentrale“ und Anlaufpunkt fungierend, beim Chili von Renate Hercher-Reis, unserer Landesschatzmeisterin und „Bezirksversammlungsspitzenkandidatin“ im WK 2, und dem Kuchen, der u.a. von Anna Arthur aus der St. Georger Gruppe zur Verfügung gestellt wurde, aus. Die Berliner und Schleswig-Holsteiner Helfer fanden sich auch ein. An sie ging ein Dank des Bezirkswahlkampfkoordinators und der Wunsch aus Lübeck, bei der Kommunalwahl dort mit anzupacken, wird wohl bei uns nicht unerhört verhallen.

Wollen wir allerdings die derzeitigen Vorgaben des Landesverbandes für den 16.2. erfüllen, dann werden wir noch dich und dich dazu brauchen, sollen doch > 86.000 Haushalte durch rd. 85 Verteiler versorgt werden mit einem Brief von Gysi und Lafontaine. Näheres und Anmeldung bei peter@heyckendorf.de. Melden könnt ihr euch dazu aber auch bei euren jeweiligen Stadtteilverantwortlichen:

- in St.Georg: Volker Honold, Tel. 280 35 82, vohoz@web.de
- für Billstedt/den bezirklichen Osten: Marcus Donath, 43182165, madon@gmx.de
- in Wilhelmsburg: Christine Wolfram, 754 55 85, christinewolfram@alice-dsl.de
- in St. Pauli, deren Wahlkampfverantwortliche im letzten Monat zurück trat, wendet ihr euch bitte bis auf weiteres an Verena Brachvogel aus dem Bezirksvorstand unter der Telefonnummer 439 77 01 oder per Netzpost unter Verena.Brachvogel@gmx.de.

Was sonst noch so in Mitte im Wahlkampf läuft könnt ihr, was Veranstaltungen angeht, hinten in der **Terminleiste des Mittenmang** sehen oder jetzt im Stadtbild, denn unsere Großflächen und A0-Plakate stehen an Straßen und Plätzen. Für deren so genannte Halbzeitpflege am Wochenende 9./10.Feb. brauchen eure Stadtteilverantwortlichen noch so manche Hand, u.a. zur Aufbringung unserer Wahlauforderung! Meldet euch auch deshalb bei ihnen!

Das Material für Stände und Verteilaktionen (kann man auch in nächster Umgebung machen übrigens) ist bei den Stadtteilverantwortlichen bzw. über sie zu bekommen. Fast alles liegt vor, allgemeineres wie das so genannte Kurzprogramm und spezielles zu diversen Themen, die unsere parteiinternen Interessengruppen ausgearbeitet haben. Von Joachim Bischoff und Elisabeth Baum gibt es gar Personenfaltblätter, die neben den Themen der LINKEN auch Persönliches zu den beiden Bürgerschaftskandidaten bringen, alles in handlichem Format. Besonders mit Elisabeth sollten wir im WK 2 noch mal werben. Zwar haben uns die Demoskopien der „Morgenpost“ am 25.1. nicht wieder ein „Direktmandat“ ausgerechnet, aber wir haben noch fast einen Monat Zeit, für dies Ziel zu arbeiten. Tun wir's! Es lohnt sich! Sprecht mit Bekannten und Verwandten, schaltet vielleicht noch eine persönliche Anzeige in euren Stadtteilblättern (Textvorschläge dürften eure Stadtteilverantwortlichen bereit halten) und vor allem: bringt unsere Materialien unter die Leute! Das braucht nicht immer ein Infostand zu sein, nehmt euch eine Umhängetasche, Flugis rein und –möglichst zu zweit oder dritt - raus auf Straßen und Plätze!

Weiterhin stehe ich für eure organisationspolitischen Fragen im /zum Wahlkampf in der Mitte der Stadt zur Verfügung. Bitte aber nur, wenn ihr sie mit euren Stadtteilverantwortlichen nicht klären könnt/wollt. Unter 280 35 82 ist ein AB geschaltet oder eine auf klare, kurze Ansagen erpichte weibliche Stimme zu vernehmen, wenn ich nicht da sein sollte. Unter vohoz@web.de bin ich auch per Netzpost immer zu erreichen, wenn nicht gerade der Speicher-raum voll ist. Über eher kurz als lang melde ich mich zurück

V.Honold – vom Vorstand bestellter Bezirkswahlkampfkoordinator

Opponieren – Tolerieren – Koalieren: Leitantrag zur Bürgerschaftswahl

Eine Chronologie

Begonnen hatte die ganze Geschichte mit einem Antrag von Horst Bethge einen Grundlinientext, „Veränderung beginnt mit Opposition“, zur Bürgerschaftswahl zu verabschieden. Der geschäftsführende Landesvorstand stellte daraufhin eine veränderte Fassung vor. Auf der Sitzung des Landesvorstandes am **6.9.07** wurde dieser Text diskutiert und mit folgenden Beschlüssen verabschiedet:

Der Lavo billigt einstimmig die in dem Antrag zum Ausdruck kommende Grundlinie. Er bittet einstimmig Katrin Salazar und Gerald Kemski, den Antrag unter Berücksichtigung des von Horst verschickten und von mehreren Mitgliedern unterschriebenen Antrages zu überarbeiten und fertig zu stellen.

Die Losung des Parteitages lautet nach zwei Abstimmungsgängen: Veränderung beginnt mit Opposition – Opposition bringt Veränderung

Hierin heißt es:

„Eine mögliche Tolerierung dieser Schritte wird von Fall zu Fall vor einer solchen Bürgerschaftsentscheidung von Voten öffentlicher Bürgerversammlungen und erneuten Landesparteitagen nach den dann gegebenen Bedingungen abhängig gemacht. Dazu werden alle nötigen Informationen an die Öffentlichkeit gegeben. Koalitionskungeleien mit uns gibt es nicht, arithmetische Zahlenspielerereien über eventuelle rechnerische Mehrheiten ersetzen keine politische Analyse der Realitäten. Wir sagen den Hamburgern ganz klar: Ohne starken öffentlichen Druck und kräftige parlamentarische Initiativen wird es kein Hamburg für alle, das sozial, ökologisch und solidarisch ist, geben. Veränderung beginnt mit Opposition. Eine andere Welt ist möglich – auch in Hamburg.“

Im Antrag des geschäftsführenden Landesvorstands steht die entsprechende Passage wie folgt:

„Sollte es das Wahlergebnis ergeben, dass die Wahl eines anderen Bürgermeisters möglich wird, wird DIE LINKE diesen nur dann mitwählen, wenn damit ein erkennbarer und substantieller Einstieg in eine andere Entwicklungsrichtung unwiderruflich verbunden ist. Maßstab sind dabei die zentralen Forderungen unseres Sofortprogramms, und wenn SPD und GAL einen anderen Senat wollen,

müssen sie sich damit auseinandersetzen und entscheiden, was sie davon gemeinsam mit uns umzusetzen bereit sind.

Mit Formelkompromissen und wohlfeilen Ankündigungen wird sich DIE LINKE nicht abfinden lassen. Und einen Blankoscheck für den Rest der Legislaturperiode werden wir auch nicht ausstellen.

Die möglichen Gespräche nach der Wahl werden transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Ein Landesparteitag wird darüber entscheiden, wie sich die LINKE in der neuen Situation verhält.“

Diese neue Fassung lag den Delegierten der **2. Tagung** des Gründungsparteitages zur Abstimmung vor. Aus dem Protokoll der 2. Tagung:

Norbert Hackbusch schlägt vor (GO), dass eine 3. Tagung des LPT im Januar nach gründlicher Diskussion in den Gliederungen der Partei, unter organisatorischer Vorgaben des Lavo, eine Endfassung zu den parlamentarischen und außerparlamentarischen Grundposition der Partei beschließen soll.

Gegenrede Gunhild Berdal: Anträge jetzt behandeln. Fürrede Liselotte Lottermoser Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag der Antragskommission angenommen. (Damit ist formal eine 3. Tagung des LPT beschlossen)

Der geschäftsführende Landesvorstand behandelt das Thema am **30. Oktober**:

Ein Landesinfo-Extra soll eine breite Diskussion in der Partei zum Thema Koalieren, Opponieren, Tollerieren ermöglichen. Grundlage ist der verabschiedete Antrag des Lavo sowie ein Beitrag von H.J. Podzuweit.

Im Zentrum der Debatte muss unsere Programmatik für Hamburg stehen. Zur aktuellen politischen Situation der Veränderungen bei der SPD und anderen Parteien sollen einfließen. Für dies Landesinfo müssen gezielt Artikel angefordert werden, unter besonderer Berücksichtigung der Kandidaten.

Die Landesvorstandssitzung vom **1.11.07** stellte unter Tagespunkt 1 fest:

Umsetzung der Aufträge des Parteitages

Für den Resolutionsentwurf bezüglich Koalition/Opposition werden für einen Reader noch bis zur 1. Dezemberwoche Beiträge angenommen. Eine breite Diskussion ist ausdrück-

lich erwünscht. Die Diskussion wird auf der 3. Sitzung der Parteitage durchgeführt.

Auf der Landesvorstandssitzung am **13.12.** stellt Martin eine Vorlage zum Leitantrag als Tischvorlage vor. Sven und Tilman werden bestätigt als ergänzende Mitglieder der Redaktionsgruppe (Martin W.; Annette S.), die sich am **16.12.** trifft. Diese soll eine Vorlage zur Beschlussfassung für die Landesvorstandssitzung am **19.12.** erarbeiten.

Hier lesen wir unter der Überschrift „DIE LINKE. wirkt“:

„Denn es wird allerhöchste Zeit, dass im Haushalt der Hansestadt die Prioritäten zugunsten der Mehrheit der BürgerInnen und nicht zum Vorteil weniger Wohlhabenden gesetzt werden. Hamburg ist eine reiche Stadt. Aber die finanziellen Erträge aus der wirtschaftlichen Entwicklung sind ungleich verteilt. Dafür zu sorgen, dies zu ändern: Das kann nur DIE LINKE. Dafür werden sich starke Fraktionen der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen engagieren, und auf der Basis unserer Programmatik konkrete Alternativen aufzeigen und als Anträge in die Parlamente einbringen. Die aktiven Mitglieder, die Gremien und die Abgeordneten, der LINKEN werden zusammen mit außerparlamentarischen Bewegungen, Initiativen auf allen Ebenen den Druck erhöhen.“

Als Reaktion auf dieses Papier legt Horst am **19.12.** als Tischvorlage eine eigene Fassung zum Leitantragsentwurf vor und bemerkt, obwohl er in diese Gruppe benannt wurde, nicht zum Treffen der Redaktionsgruppe eingeladen worden zu sein.

Am Ende der Debatte stellt Christiane Schneider die Abstimmungsfrage: Welches Papier soll die Grundlage der Überarbeitung sein? Das der AG erhält 2 Stimmen, das von Horst 8, bei einer Enthaltung.

Zur neuen Überarbeitungsgruppe werden Bernhard, Horst und Tilman ernannt.

Die Fassung, die jetzt als Leitantrag vorliegt trägt den Titel „Für einen Politikwechsel in Hamburg!“ Antragsteller: Landesvorstand, Norman Paech **02.01.2008**

Die entsprechende Stelle:

„Rot-Grün hat in den aktuellen Umfragen keine Stimmenmehrheit. Deshalb ist eine rot-grüne Koalition ohne Tolerierung durch DIE LINKE unrealistisch. Wahrscheinlicher ist eine schwarz-grüne Koalition oder die Große Koalition. Unter sol-

chen Bedingungen wird es einen Politikwechsel in Hamburg nicht geben.“

Es wird eine Pressemitteilung am **2. Januar 2008** gesendet, die, warum auch immer, die Mitglieder nicht – wie gewöhnlich – erhalten. In dieser lesen wir:

„Mit einem Leitantrag des Landesvorstandes „Für einen Politikwechsel in Hamburg“, den wir in der Anlage übersenden, werden wir die Hamburger Bevölkerung und unseren Landesverband auf den „heißen Wahlkampf“ einstimmen.“

Im Protokoll der **3. Tagung** des Landesparteitages lesen wir:
Einbringung des Leitantrags durch Horst Bethge

GO – Antrag BV Nord – 1-LA-02 - „Beschluss“ des 2. Parteitages als Grundlage zur Position des Landesverbandes zu beschließen. Gegenrede Kersten Artus. Sitzungsleitung stellt fest: mit Mehrheit abgelehnt. Einzelauszählung wird beantragt. Ergebnis 47 Ja, 31 Nein, 14 Enthaltungen. Damit ist der GO-Antrag angenommen. Christian Schröppel bringt den Antrag des BV Nord ein.

Nach anschließender Diskussion: Norman Paech stellt eine Neufassung des Leitantrages („Für einen Politikwechsel in Hamburg! Opposition bringt Veränderung“) vor.

Präsidium schlägt die Neufassung des Leitantrages als Grundlage der Abstimmung vor. Der Vorschlag wird mit Mehrheit angenommen.

Es werden neun weitere Änderungsvorschläge von der Antragskommission vorgestellt. Die so geänderte Neufassung mit 4 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

In der Pressemitteilung vom selben Tage steht:

Für einen Politikwechsel im Hamburg! Opposition bringt Veränderung

Mit überwältigender Mehrheit hat der Landesparteitag DIE LINKE Hamburg einen Leitantrag zur Bürgerschaftswahl am 24.02.08 beschlossen.

Darin fordert DIE LINKE Hamburg einen Politikwechsel in Hamburg. Basis eines Politikwechsels ist das Sofortprogramm. Vor diesem Hintergrund bietet DIE LINKE Hamburg an, eine Regierung von SPD und GAL zu tolerieren. Der Parteitag hat beschlossen: „einen so zustande

gekommenen Senat wird DIE LINKE nur unter der Voraussetzung unterstützen, dass seine Politik der Erreichung unserer Ziele zu einer sozialeren und einer aktiven Friedenspolitik dient.“

Der Ärger, der aufkommt bei einigen Mitgliedern macht sich am Wort „Basis“ fest. Das Sofortprogramm ist nicht Basis, sondern Haltelinie.

In einem Redaktionsartikel auf der Webseite der Partei vom 6.1. lesen wir:

„Ole von Beust will Schwarz-Grün
Die Vorsitzende der Grün-Alternativen Liste (GAL) in Hamburg, Anja Hajduk, bezeichnete das Angebot als bemerkenswert für die Verunsicherung der örtlichen CDU. Die Partei DIE LINKE. beschloss am Samstag auf ihrem Landesparteitag ein Tolerierungsangebot an eine SPD-GAL-Minderheitsregierung. Die Tolerierungsdebatte der Linkspartei sei ein „Ablenkungsmanöver“, sagte Hajduk. Es handle sich um den „hilflosen Versuch, aus dem Dilemma herauszukommen, dass jede Stimme für die Linkspartei eine verschenkte Stimme für den Machtwechsel ist“. Eine Tolerierung durch die Linkspartei halte sie „nicht für tragfähig.“

Wo haben wir denn über Tolerierung debattiert?

Anfrage über Delegiertenverteiler von Michael Sauer:

Liebe GenossInnen,
die Wahrnehmungen in der Presse und bei der "Redaktion" auf der Landesseite der LINKEN über die Generaldebatte zum Leitantrag des Landesvorstandes am letzten Samstag scheinen ja recht unterschiedlich zu sein. Die Junge Welt titelt „Tolerierung abgelehnt - Landesparteitag der Linken in Hamburg verweigerte Vorstand die Gefolgschaft. Hohe Hürden für

Unterstützung von SPD und Grünen aufgestellt“, während die Redaktion unseres Landesverbandes in seinem letzten Artikel auf unser Homepage unter dem Titel "Ole von Beust will Schwarz-Grün" folgende Feststellung trifft: ... "Die Partei DIE LINKE. beschloss am Samstag auf ihrem Landesparteitag ein Tolerierungsangebot an eine SPD-GAL-Minderheitsregierung."

Kann mir mal jemand erklären, was wir am Samstag mit dem geänderten Leitantrag des Landesvorstandes („Für einen Politikwechsel in Hamburg! Opposition bringt Veränderung“) eigentlich beschlossen haben?

In einer Mail eines Landesvorstandsmitgliedes vom 8.1. wird die Auffassung vertreten:

„Wir hatten uns im GfV überlegt, Anfang Dezember in Erfüllung des Parteitags-Auftrags („breite Diskussion über Tolerieren, Opponieren usw.“) ein Landesinfo extra herauszubringen. Darauf haben wir verzichtet, weil nur zwei Beiträge vorlagen, auf die Ankündigung im Newsletter überhaupt nichts erfolgte und gezielte Ansprachen letztlich auch ohne Ergebnisse blieben, auch bei Zusagen. Soweit wir uns selbst vorgenommen hatten (wie ich), einen Artikel zu schreiben, haben wir das nicht getan. Das hätte uns zu denken geben müssen, hat es aber nicht getan. Ursache ist meines Erachtens, dass wir im Landesvorstand politisch kaum debattieren und uns wenig mit der politischen Situation so befassen, dass daraus politische Konsequenzen erwachsen. Da das nicht geschah, fielen die individuellen Ausarbeitungen entweder eher prinzipiell oder aber ganz aus.“

(Die Postempfänger erhalten den beschlossenen Antrag mit diesem Mittenmang, die Mailempfänger finden ihn auf der Landesseite.)

Tilman Rosenau, 24.01.08

Nochmal: Di, 5. 2.: Veranstaltung zur Stadtteilkultur in St. Georg

Am **Dienstag, 5. Februar um 19:30 Uhr im Gemeinschaftsraum des Drachenbau**, Schmilinskystraße 6a, wird Luc Jochimsen aus ihrer kulturpolitischen Arbeit im Bundestag berichten und gemeinsam mit den St. Georger KandidatInnen für Bürgerschaft (Joachim Bischoff und Volker Honold) und Bezirksversammlung (Bernhard Stietz-Leipnitz und Steffen Leipnitz) das Gespräch mit den „Machern“ der Stadtteilkultur in St. Georg und Klostertor suchen.

Wir wollen deutlich machen, dass wir für die Idee der **Kultur für alle** stehen, nicht für Kultur als „Leuchtturmprojekt“ (Elbphilharmonie) oder als Infrastrukturhilfe für die Tourismusindustrie (Musicaltheater).

Bitte werbt bei den Euch bekannten Aktiven der Stadtteilkultur (natürlich auch außerhalb St. Georgs) für die Teilnahme.

(**im Netz steht auf der Landesseite ein aktueller Artikel von Luc hierzu**)

Bernhard Stietz-Leipnitz

Termine in Mitte (Auswahl)

Donnerstag, 31.1., 19:00 Uhr
Friedensstadt Hamburg – eine andere Stadt ist machbar |

Eine Podiumsdiskussion mit:
Prof. Dr. Norman Paech (MdB Die Linke.)
Heiko Möhle (Eine-Welt-Netzwerk)
Lühr Henken (Hamburger Forum)
Rahel Puffert (Kulturwissenschaftlerin).
Moderation: Gunhild Berdal / Hartmut Ring
Hospitalstraße 111 (Haus 7) / Altona
Haus der Türkischen Gemeinde
(siehe auch Anlage zu diesem Mittenrang)

Montag, 04.02.2008, 17:00 Uhr
Parteiöffentliche Bezirksvorstandssitzung Mitte
Landesgeschäftsstelle, Kreuzweg 7

Fraktion vor Ort:

Montag, 04.02., 19:30 Uhr:
Ökologie "Klimaschutz vorantreiben - Klimakatastrophe stoppen"

Mit:

Eva Bulling-Schröter (MdB)
Dr. Kirsten Tackmann (MdB)
Dora Heyenn (Moderation)

Patriotische Gesellschaft von 1765
Trostbrücke 4-6,
20457 Hamburg, Kirchhofsaaal

Dienstag, 05.02., 19:30 Uhr
(Stadtteil-)Kulturpolitik
Diskussion mit **Luc Jochimsen** (MdB) und KandidatInnen der Linken aus St. Georg
Gemeinschaftsraum der Drachenbau eG
Schmilinskystraße 6a
Die Stadtteilgruppe trifft sich für letzte Absprachen zum Wahlkampf bereits um 18:00 Uhr im Drachenbau.

Fraktion vor Ort:

Dienstag, 05.02., 19:30 Uhr
Kein Mensch ist illegal- für eine humane Flüchtlingspolitik
mit **Ulla Jelpke** und **Norman Paech** (MdBs)
Moderiert von Karin Haas (LV Die LINKE.)
Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V., Rudolfstraße 5, Wilhelmsburg

Mittwoch, 06.02., 19:00 Uhr
Bezirksmitgliedertreffen zum **Thema Bezirksversammlung** (siehe S. 1),
Raum der STEG in der Rinderschlachthalle,
Neuer Kamp 30, U-Feldstraße

Samstag, 9. Februar 2008
Gewerkschaftspolitische Konferenz
im Bürgerhaus Hamburg-Wilhelmsburg
ab 10.30 bis 17.00 Uhr mit:
Kersten Artus, Betriebsratsvorsitzende und Bürgerschaftskandidatin DIE LINKE,
Berno Schuckart, Landessprecher DIE LINKE
Levent Dokoyucu, telecom-Gewerkschaft TR
Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag
Moderiert von Sabine Wils und Gerald Kemski,
BundessprecherInnen AG betrieb & gewerkschaft

Mittwoch, 13. 02., 18:30 Uhr
SOZIALISTISCHE LINKE
Koalieren • Tolerieren • Opponieren ?
Welchen Weg geht DIE LINKE in Hamburg und Berlin?

Es spricht: Wolfgang Gehrke (Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied des Parteivorstands der LINKEN)

Es stellt sich vor: Kersten Artus (Konzernbetriebsratsvorsitzende in einem Hamburger Großverlag) und Kandidatin zur Bürgerschaftswahl)

Georg-Asmussen-Haus (Guttempler),
Böckmannstr. 3,
20099 HH (Nähe Hauptbahnhof)

Freitag, 15.02., 18:00 Uhr

Treffen des **Stadtteilaktives Billstedt** der Linken
Gaststätte: "Für'n Appel und nen Ei", Möllner Landstraße 27

Mittwoch. 20.02., 19.30 Uhr

Offenes Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg

Geschichtswerkstatt/Stadtteilbüro,
Hansaplatz 9

Fraktion vor Ort:

Freitag, 22.02. 19:30 Uhr
Freiheit statt Angst – gegen Online-Durchsuchungen
mit **Ulla Jelpke** und **Jan Korte** (MdBs)
moderiert von Christiane Schneider
"Uebel & gefaehrlich", Feldstraße 66

Wahlparty am 24.2. in der Fabrik!

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:

www.hier-ist-die-Linke-Hamburg.de



Landesarbeitsgemeinschaft Hamburg

Auch DIE LINKE Hamburg wird Schwul-Lesbisch!



Nachdem sich unsere Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Queer, DIE LINKE. Hamburg im Dezember 2007 gegründet hat, haben wir auf unserer 2. Sitzung am 09. Januar 2008 folgende politischen Themenschwerpunkte für unsere Arbeit festgelegt.

Auch viele Schwule und Lesben sind von der unsozialen Hartz-Gesetzgebung betroffen, wir

fordern die Abschaffung dieser Gesetze und Ersatz durch sozial verträgliche Gesetze. Die Kürzungen des Hamburger Senats im Bereich HIV/AIDS müssen zurück genommen werden. In den Schulen muss über schwul-lesbische Lebensformen respektierend und akzeptierend informiert werden, das Lehrpersonal muss entsprechend geschult werden. Daran will unsere LAG Queer gerne konstruktiv mitarbeiten.

Wir fordern die Gleichstellung im Beamten- und Lebenspartnerschaftsrecht sowie ein Adoptionsrecht für Lesben und Schwule. Auch in den wichtigen Bereich der Migration werden wir uns einbringen. Schwullesbische Altenwohnprojekte werden ein weiteres Thema sein.

Wir werden in der schwul-lesbischen Politik in Hamburg einen kräftigen, rot-queeren Farbtupfer setzen.

Jürgen Koch, Sprecher der LAG

Kontakt:

Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte:

Bezirksvorstand:	Festnetz	Handy	Mail
Verena Brachvogel	040 4397701		Verena.Brachvogel@gmx.de
Marcus Donath	040 4318 2165	0177 5067235	madon@gmx.de
Tilman Rosenau (Mittenmang)	040 7134921		Tilman.Rosenau@tele2.de
Renate Twardzik	040 24 38 08		R.Twardzik@web.de
Ronald Wilken	040 7545585	0178 272 24 34	RonaldC@gmx.de
Christine Wolfram (Schatzmeisterin)	040 7545585		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040-245740		stietz-leipnitz@t-online.de

Übrigens: Christine nimmt immer noch gerne Spenden entgegen!

Jetzt auf's neue Konto:

DIE LINKE. Bezirksverband Hamburg-Mitte
Postbank Hamburg
Kontonummer: 852 539 206
Bankleitzahl: 200 100 20

Parteispenden können bis zu einem Betrag von 1650/3300 € (Ledige/Verheiratete) nach § 34 g EStG abgesetzt werden.

Dokumentiert, weil die Auseinandersetzung jetzt brandaktuell ist:

Antrag an den Landesparteitag der Linken Hamburg, 5. Januar 2008

Antragstellerin: AG Studierendenpolitik

Der Landesparteitag möge aus Anlaß der aktuellen und zu diesem Zeitpunkt überraschenden Verschickung (3. – 7. Januar) bedingter Exmatrikulationen durch die Verwaltung der Universität befassen, beraten und beschließen:

I. Mehrere Tausend Studierenden der Universität Hamburg droht im Januar die Exmatrikulation. Dem ist strikt entgegenzuwirken.

Zum 17. Dezember, dem offiziellen Zahltermin für die allgemeinen Studiengebühren, hatten von den 39.000 Studierenden der Universität Hamburg 23.000 (ca. 60 %) den gesetzlich festgelegten Betrag nicht an die Universität überwiesen. (11.000 befreit auf Grundlage erkämpfter Kriterien, 1.500 mit noch laufenden entsprechenden Anträgen, 4.645 Boykottteilnehmer, 6.000 unorganisierte Nichtzahler). Auch der Großteil der 16.000 Zahler steht dem Bezahlstudium kritisch gegenüber – das belegen alle Umfragen und studentischen Beschlüsse.

Anfang Januar, nachdem das Geld der meisten Boykotteure an die Uni weitergeleitet wurde und einige der genannten 6.000 über Weihnachten noch Geld auftreiben konnten, bleiben immer noch 3.500 Studierende, die trotz Zahlpflicht nicht überwiesen haben. Diesen KommilitonInnen wird auf Betreiben des Wissenschaftssenators Dräger und seiner konservativen Universitätspräsidentin Frau Auweter-Kurtz nun die Exmatrikulation angedroht, sollten sie nicht innerhalb der nächsten zwei Wochen das Geld auftreiben.

Der neoliberale Senator und die autoritäre Präsidentin reagieren damit brutal auf den Tatbestand, daß die Gebühren politisch gescheitert sind: Die massenhafte Zahlungsverweigerung verdeutlicht, daß die Lenkungs-funktion der Gebühren - die Dressur zum angepaßten und marktservilen Studium und karrieristischen Ellenbogeneinsatz - nicht greift. Auch der fortgesetzt erfolgreiche Boykott an der Hamburger Hochschule für bildende Künste ist hier unmißverständlich

Die soziale Ignoranz dieser politischen Verantwortungslosigkeitsträger widerspricht generell verbindlichen UN-Vereinbarungen, dem Grundgesetz und sogar Eigenaussagen der zuständigen Behörde: „Für die Einführung von Studiengebühren in Hamburg gilt, dass niemand aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten werden soll.“ („Studiengebühren In Hamburg“, Broschüre der BWF, 2007)

Selbst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches die erneute Einführung der Studiengebühren ermöglichte, setzte voraus, daß die Landesregierungen „bei einer Einführung von Studiengebühren den Belangen einkommensschwacher Bevölkerungskreise angemessen Rechnung tragen werden.“ Das Gegenteil ist – was vorauszusehen war - der Fall: Dies belegen die 3.500 Studierenden, die die Gebühren nicht zahlen können.

Die Studiengebühren sind daher auszusetzen, die angedrohten Exmatrikulationen müssen zurückgenommen werden, der verantwortliche Senator muß zurücktreten.

„Artikel 13

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, dass die Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss. Sie stimmen ferner überein, dass die Bildung es jedermann ermöglichen muss, eine nützliche Rolle in einer freien Gesellschaft zu spielen, dass sie Verständnis, Toleranz und Freundschaft unter allen Völkern und allen rassischen, ethnischen und religiösen Gruppen fördern sowie die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens unterstützen muss.

(2) Die Vertragsstaaten erkennen an, dass im Hinblick auf die volle Verwirklichung dieses Rechts [...]

c) der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss;“ (UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1966)

Die Gebührenfreiheit ist Grundvoraussetzung für emanzipatorische Bildung und Wissenschaft, die für alle Menschen die Möglichkeit befördert, in kritischer Aneignung der Menschheitsgeschichte und positiver Vorbilder die gemeinsame Verfügung über die weitere gesellschaftliche Entwicklung zu erlangen. Die Überwindung von Krieg und sozialer Ungleichheit ist menschliche Entfaltung. Die dauerhafte Überwindung der Studiengebühren, die den Menschen zu Ware machen sollen, ist daher wesentlicher Bestandteil der Politik der LINKEN.

II.

Der unter I. gefaßte Beschluß wird der Presse mitgeteilt, wird auf der homepage und im Newsletter veröffentlicht und die Auseinandersetzung gegen die Gebühren und die Exmatrikulationen ist relevanter Bestandteil des Wahlkampfes der LINKEN.